

19.09.2018

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Konflikte lösen statt eskalieren, Gewalt nicht legitimieren sondern ächten - Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zum Erfolg führen

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Den gesellschaftlichen Konsens zum Kohleausstieg nicht gefährden – Die Landesregierung muss sich für ein Rodungsmoratorium im Hambacher Wald einsetzen“ (Drs. 17/3524)

I. Geltendes Recht achten, Gewalt ächten und Konflikte deeskalieren

Die aktuelle Eskalation rund um die anstehenden Rodungsarbeiten im Hambacher Forst im Rahmen des laufenden Braunkohletagebaus droht die Suche nach einem gesellschaftlichen Konsens zur Energiewende zu gefährden. Oberstes Ziel aller Beteiligten muss in der sich zuspitzenden Lage die Verhinderung von Gewalt und die Achtung geltenden Rechts sein. Hier ist festzuhalten, dass das bergbautreibende Unternehmen RWE sich an eben dieses Recht hält und auf Grundlage bestehender Genehmigungen und Gerichtsentscheidungen handelt. Außerdem hat das Unternehmen schon in der letzten Rodungsperiode auf Baumfällungen verzichtet, um einen Schritt auf die Tagebauegegner zuzugehen. Zuletzt hat RWE dem Oberverwaltungsgericht Münster eine Stillhaltezusage gegeben, bis zu dessen Entscheidung am 14. Oktober nicht mit den Rodungsarbeiten zu beginnen. Das Recht, die nun anstehende Rodungsperiode nach diesem Datum bis zum 28. Februar 2019 zu nutzen, ist – vorbehaltlich dieser ausstehenden gerichtlichen Entscheidung – unstrittig. Es liegt nun an RWE, von diesem Recht im Sinne einer gesellschaftlichen Deeskalation verantwortungsvoll Gebrauch zu machen. Wir fordern, dass das Unternehmen hierfür einen intensiven Dialog mit den Naturschutzverbänden führt. Dieser Austausch sollte nicht abreißen.

Die gültige Rechtslage geht nicht zuletzt auch auf die Leitentscheidung der rot-grünen Landesregierung zu Garzweiler II von 2016 zurück, durch die die derzeit gültigen Rahmenbedingungen für den Tagebau im Rheinischen Revier Hambach noch einmal bestätigt wurden. Dort heißt es wörtlich im **Entscheidungssatz 1: (...)** *„Erfordernisse einer langfristige Energieversorgung: Braunkohlenabbau ist im rheinischen Revier weiterhin erforderlich, dabei*

Datum des Originals: 18.09.2018/Ausgegeben: 19.09.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

bleiben die Abbaugrenzen der Tagebaue Inden und Hambach unverändert und der Tagebau Garzweiler II wird so verkleinert, dass die Ortschaft Holzweiler, die Siedlung Dackweiler und der Hauerhof nicht umgesiedelt werden. (...)

Wer suggeriert, dass ein Beschluss zum Sofortausstieg aus der Kohle durch die Kommission unmittelbar bevorstehe und der Hambacher Forst dadurch gerettet werden könnte, führt die Öffentlichkeit in die Irre. Ein sofortiger Stopp der Braunkohleförderung in Hambach binnen weniger Monate würde ca. 15% der Stromversorgung in NRW und damit die Versorgungssicherheit gefährden. Zudem ignorieren die Befürworter eines sofortigen Braunkohleausstiegs die technische Tatsache, dass selbst bei einem sofortigen Abbruch der Förderung die Tagebaue noch um einige hundert Meter in alle Richtungen vergrößert werden müssten, um die Böschungen so abzuflachen, dass sie in den kommenden Jahrhunderten stabil bleiben. Darauf hat die zuständige Bergbehörde bei der Bezirksregierung Arnsberg jüngst noch einmal hingewiesen.

II. Strukturwandel mit Augenmaß ermöglichen, NRW muss Kommissionsarbeit mit eigenen Impulsen zum Erfolg für das Revier machen

Die Braunkohle in Deutschland hat ihre Beiträge zur Einhaltung des 40%-CO₂-Minderungsziels 2020 gegenüber 1990 nachweislich erbracht. Im Rheinischen Revier ist zudem absehbar, dass zusätzlich nochmal 40 bis 50% CO₂-Minderungen bis 2030 erreicht werden können. Mit der Sicherheitsbereitschaft, der folgenden endgültigen Stilllegung von Kraftwerksblöcken dem Auslaufen des Tagebaus Inden Ende der 2020er Jahre und der Leitentscheidung von 2016 ist so ein sozialverträglicher Reduktionspfad vorgezeichnet. Kein anderer Sektor und auch keine andere Region leisten derzeit so verlässlich ihre Reduktionsbeiträge. Was Beschäftigte und die Region aber auch brauchen, ist Planungssicherheit und Verlässlichkeit, um Strukturwandel statt Strukturbruch sicher zu stellen.

Der Strukturwandel ist längst im Gange. Jetzt geht es darum, die nächste Etappe dieses Wandels im Rheinischen Revier verantwortlich zu gestalten. Mit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ gibt es die große Chance, eine ambitionierte Klimaschutzpolitik mit einer erfolgreichen Industriepolitik zu verbinden. Ein Erfolgsmodell ‚made in germany‘ wird die Energiewende aber nur, wenn sie ohne Strukturbrüche gelingt. Dazu gehört ein für die Region verkraftbarer und für die Erreichung der Klimaschutzziele im Energiesektor wirkungsvoller Ausstiegspfad aus der Kohleverstromung, der die Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit gerade für die energieintensive Industrie berücksichtigt. Über die Zeiträume und notwendigen Schritte wird in der Kommission bis zum Ende des Jahres zurecht intensiv gerungen.

Der Landtag NRW setzt sich nachdrücklich dafür ein, die Arbeit dieser Kommission bis zum Jahresende zum Erfolg zu führen, um die damit verbundenen Konflikte zu schlichten und zu einem Interessenausgleich sowie zu wirksamen, auch ökonomisch und sozial nachhaltigen Schritten zur Erreichung der Klimaschutzziele zu kommen. Dabei müssen die Leistungen der Menschen und ihrer Kommunen im Rheinischen Revier angemessen berücksichtigt werden.

Der Landtag NRW fordert die Landesregierung, das Bergbauunternehmen RWE wie auch die Umweltverbände und Initiativen vor Ort auf, Dialogbereitschaft sicherzustellen und zur Deeskalation beizutragen. Scharfmacher und Kriminelle gefährden den notwendigen Dialog zwischen Akteuren und auch insgesamt die Arbeit der Kommission. Die Drohung, ohne ein sofortiges Moratorium bei den Rodungen im Hambacher Forst aus der Kommissionsarbeit auszusteigen, ist verantwortungslos.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich bei allen Beteiligten für eine Deeskalation bei den Rodungsarbeiten im Hambacher Forst einzusetzen und den Beamtinnen und Beamten der Polizei bei ihrem schwierigen Einsatz vor Ort den Rücken zu stärken.
- sich mit Nachdruck für einen erfolgreichen Abschluss der Arbeit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ einzusetzen und dabei an einer gesellschaftlichen Kompromissuche mitzuwirken.
- die Zukunftsperspektiven des Rheinischen Reviers durch eigene Beiträge des Landes bei Flächenentwicklungen, bei Infrastrukturinvestitionen sowie bei Forschungs- und Innovationsimpulsen ergänzend zur Kommissionsarbeit mit angemessener Kofinanzierung aus Landesmitteln zu entwickeln.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Marc Herter
Frank Sundermann
Guido van den Berg
Stefan Kämmerling

und Fraktion